

Einladung zum Bürgergipfel in der Stuttgarter Liederhalle am 7. September 2024

geschrieben von Prof. Dr. Horst-joachim Lüdecke | 22. August 2024

Am 07 Sept. 2024 findet in der Liederhalle Stuttgart von 10.00 bis 19.00 Uhr ein erster Bürgergipfel statt. Der Veranstalter ist die Gorus Media GmbH, der Preis pro Person für die Teilnahme beträgt 150 Euro. Inhalt und Motto werden wie folgt vom Veranstalter in seiner Internetpräsentation (hier) beworben:

*„So geht's nicht weiter! Unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft entwickeln sich in die falsche Richtung. Wir sind eine große Zahl von produktiven, engagierten Bürgern, die seit zwei Jahrzehnten vom Establishment in Politik und Medien nicht mehr repräsentiert werden. Unsere Stimme fehlt. Darum treffen wir uns am 7. September zum Bürgergipfel. **Kommen Sie alle!**“*

Darum geht's:

*Weniger Politik.
Weniger Ideologie.
Weniger Kollektivismus.*

*Mehr Vernunft.
Mehr Verantwortung.
Mehr Freiheit.*

Das Programm der Veranstaltung ist allgemein formuliert. Entsprechend sind auch die Fachkompetenzen der Rednerinnen und Redner weit gestreut. Es werden bekannte Fachexperten bis hin zum ehemaligen tschechischen Staatspräsidenten Dr. Vaclav Klaus vortragen und für Diskussionen zur Verfügung stehen. Der gemeinsame Nenner aller Vorträge ist an den Defiziten der aktuellen Regierungspolitik abzulesen, deren detaillierte Aufzählung inzwischen einen kaum noch überschaubaren Umfang erreicht hat. Nachfolgend seien nur die wichtigsten dieser Defizite ohne Anspruch auf Vollständigkeit genannt:

1. Die grundgesetzlich verankerte Meinungsfreiheit wird ausschließlich vom Strafrecht begrenzt. Dennoch setzt die Regierung alle Mittel ein diese Grenze rechtswidrig zu verändern und eine Gesinnungsdiktatur zu etablieren. Davon sind bereits die unteren Gerichte betroffen, die in entsprechenden Fehlurteilen regelmäßig von den höheren Instanzen korrigiert werden (vielleicht ist dies aber auch Strategie, die das Klagen gegen Regierungswillkür zu erschweren suchen, um Überlastung des Justizapparats vorzubeugen).

2. Es besteht inzwischen eine unübersehbare Schwerpunktverschiebung in der politischen Richtungsauffassung von Regierung und Medien. Nur grün-links ist noch „zulässig“, der rechte zu jedem demokratischen Parlament gehörige Flügel wird bereits grotesk in irgend eine „Nazi-Ecke“ geschoben. Ein Konrad Adenauer, Ludwig Ehrhard und insbesondere die frühere CSU wären heute bereits „gefährlich rechtsextrem“.
3. Die Handlungsfreiheit der Bürger wird zunehmend durch rein ideologische Ziele eingeschränkt, so durch Heizungsgesetze, CO2-Vorschriften, Verbrenner-Verbot und weitere mehr.
4. Das Hereinholen von inzwischen Millionen von Wirtschaftsmigranten, die aus mit unserer freiheitlichen Lebensweise völlig inkompatiblen Kulturen kommen, hat hierzulande die Gewaltkriminalität ansteigen und das Sicherheitsgefühl dramatisch sinken lassen. Inzwischen sind in vielen Ballungsgebieten unlösbare Probleme in Grundschulklassen und teilweise sogar Gymnasien entstanden, weil die überwiegende Zahl der Schüler nicht oder nur unzureichend deutsch sprechen, familiär bedingt den Leistungsgedanken nicht kennen und körperliche Gewalt als primär ansehen. Man muss bei dieser verhängnisvollen Entwicklung betonen, dass nur der zu unserer Lebensweise und Gesetzgebung passende(!) Anteil der bisherigen Migration unser Land bereichert hat und auch in Zukunft wünschenswert und notwendig ist.
5. Die deutschen Medien sind inzwischen durch üppige staatliche Subventionen zu Staatsmedien verkommen, die nicht mehr berichten „was ist“, sondern nur noch das, was die Regierung wünscht. Eine kontrollierende und kritisierende vierte Gewalt ist damit in Deutschland weitgehend verschwunden.
6. Die jüngste deutsche Gesetzgebung zeigt inzwischen wahnhaftige Züge, so wenn Menschen jährlich ihr Geschlecht wechseln können, obwohl die Wissenschaft Biologie nur zwei gentechnisch fixierte Geschlechter kennt.
7. „Klimaschutz“ ist zur gesetzlichen Verpflichtung geworden, obwohl Klima – wissenschaftlich definiert als mindestens 30-jähriges lokales statistisches Mittel von Wetter – nicht geschützt und noch weniger in Richtung politischer Wünsche verändert werden kann. In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass die astronomischen Kosten von „Klimaschutz“, Energiewende und aller zugehörigen „Transformationen“, zusammen mit den Kosten der Migration, die beiden Hauptursachen der prekären Finanzsituation des Bundeshaushalts und indirekt durch Verteuerung und Inflation auch der finanziell schlechter gestellten Mitbürger sind.
8. Schwerste Angriffe auf die deutsche Infrastruktur wie die kriminelle Zerstörung des Ostsee-Gaspipeline werden nicht verfolgt.
9. Den EU-Zielen, die Nationalstaaten durch eine stromlinienförmige, alles bestimmende EU-Struktur zu ersetzen, wird kein gesetzlicher Riegel einer – zumindest im Prinzip – souveränen Bundesrepublik vorgeschoben.
10. Der Kohleausstieg und die Zerstörung von noch betriebsfähigen Kernkraftwerken entsprechen krudesten ideologischen Vorstellungen

und werden von einem Großteil der deutschen Bevölkerung inzwischen als kriminell-mutwillige Zerstörung unserer Industrie und damit der Basis unsere Lebensgrundlage und unseres bisherigen Wohlstands angesehen.

11. Wälder und Kulturlandschaften unseres Landes werden mit Monsterwindrädern verschandelt, die Insekten, Fledermäuse und Vögel zu Hekatomben töten, die Werte der Häuser von Anrainern vernichten und gesundheitsbedrohenden Infraschall erzeugen (hier).
12. Das Lieferkettengesetz (hier) zusammen mit immer mehr bürokratischen Hemmnissen schädigt die deutsche Wirtschaft irreparabel ohne jedweden realen Nutzen.
13. Die Infrastruktur wie Bahnnetz, Brücken, Straßen etc. verkommt und ist im Niedergang. Größere Reisen mit der deutschen Bahn sind inzwischen zum Abenteuer mutiert.
14. Das Rentensystem ist auf Dauer nicht mehr finanzierbar.
15. Die deutsche Wirtschaft ist weltweites Schlusslicht auf Grund der ausschließlichen Konzentrierung auf „Klimaschutz“ mit planwirtschaftlicher Durchsetzung sowie immer mehr Bürokratie. Dass Planwirtschaft immer und ohne jede Ausnahme ins Verderben geführt hat, ist anscheinend unbekannt und wird ignoriert. Die Anzahl an Firmen-Insolvenzen und Unternehmen, die ihren Sitz ins Ausland verlegen steigt stetig an.

Diese Aufzählung läßt sich beliebig weit fortsetzen. Man kann nur hoffen, dass der Stuttgarter Bürgergipfel dazu beiträgt, den Niedergang unseres Landes aufzuhalten und einen neuen Aufbruch vorzubereiten.